

**Hier
ist**

DIE LINKE.

Hamburg-Mitte



Am 24.2.: DIE LINKE!

Mehr öffentliche Räume im Stadtteil statt Prestigebauten



In keinem anderen Bezirk Hamburgs ist die soziale Spaltung der Stadt so spürbar wie in Mitte. Die Stadt der Millionäre ist unter der CDU-Regierung in wenige wohlhabende und zahlreiche von Erwerbslosigkeit und Kinderarmut gezeichnete Stadtteile gespalten.

Auf der einen Seite die Leuchtturmprojekte des Senats, Milliardengräber wie die Elbphilharmonie, die U 4 oder die Militarisierung des Hafens. Auf der anderen Seite geschlossene oder »verschlangte« öffentliche Einrichtungen im Bildungs-, Gesundheits-, Kultur-, Gleichstellungs- und Integrationsbereich, sowie eine Verwaltungsreform, die zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung geht und deren Abkopplung vom ökonomischen Wachstum verstärkt.

Mit dem Verkauf staatlichen bzw. öffentlichen Eigentums wie der Landesbetriebe Krankenhäuser oder der Pflegeeinrichtungen von »Pflegen und Wohnen« geht ein Verlust an öffentlicher Einflussnahme und Kontrolle einher, ohne die keine Demokratie funktionieren kann.

Zugleich wird der Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen trotz konkreter Bedarfe immer weiter eingeschränkt. Diese sozialen und ökonomischen Rechte sind aber Grundlage des Selbstwerts der Betroffenen, der durch die ungleiche Reichtumsverteilung verloren ging. Die logische Folge ist die Entdemokratisierung durch Privatisierung sozialer und ökonomischer Rechte.

DIE LINKE. im Bezirk Mitte tritt für eine sozial gerechte Stadtteilentwicklung ein. Unser Motto »Nicht ohne uns!« drückt aus, dass ohne unsere Partei in Hamburg keine wirksame Politik gemacht werden kann, die sich für die unterdrückten, ausgebeuteten und ausgegrenzten Menschen einsetzt.

Eine linke Parlamentsarbeit kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie in engem und vertrauensvollem Kontakt mit den aktiven Bürgerinnen und Bürgern der Stadt steht und sich für die Rechte der Menschen einsetzt.

Veränderung beginnt mit Opposition

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen unseres Bezirks zu verbessern, ist unsere Motivation. Wir halten einen Politikwechsel für überfällig und machbar und unterstützen jeden nachhaltigen Schritt in diese Richtung.

Dazu bedarf es des Ausbaus der Bezirksversammlungen zu echten Kommunalvertretungen. Nur wenn außerparlamentarische Aktivitäten mit einer konsequenten linken Opposition im Bezirksparlament zusammenfinden und sich ergänzen, kann eine sozial gerechte Politik in Hamburg-Mitte wirksam werden und ein Richtungswechsel in der Politik erreicht werden.

Unser Motto ist:

Nicht ohne uns!

Damit wollen wir anzeigen, dass ohne die Hamburgerinnen und Hamburger in unserer Stadt keine Politik gemacht werden kann, für die wir und mit denen wir gemeinsam für einen Politikwechsel zu Gunsten der Benachteiligten kämpfen. Dafür stehen wir in diesem Wahlkampf.



Bezirksliste Hamburg-Mitte: Markus Schneider-Johnen, Volker Honold, Marcus Donath, Bernhard Stietz-Leipnitz, Christine Detamble-Voss, Olaf Harms, Sandra Clemens, Ronald Wilken, Christine Wolfram, Steffen Leipnitz, Renate Twardzik, Elisabeth Baum, Andreas Baum (nicht auf dem Foto): Tony Schinkowsky, Renate Hercher-Reis)

Hamburg – Gespaltene Stadt



Bundesweit kämpfen wir für einen existenzsichernden Mindestlohn, armutsfeste Renten, Abschaffung von Hartz IV und die unverzügliche Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir wollen auch in Hamburg Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit, Hartz IV und die wachsende Armut auf die Tagesordnung setzen. Solange wir auf Bundesebene keine umfassende Verbesserung für Langzeitarbeitslose erreicht haben, wollen wir in Hamburg konkrete Verbesserungen durchsetzen. Wir fordern Maßnahmen gegen die Armut und wollen beispielsweise die Wiedereinführung eines Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr.

Die CDU steckt stattdessen Unsummen von öffentlichen Geldern in Leuchtturmprojekte wie die Hafencity oder demnächst in die Aufhübschung des Geländes »Tor zur Stadt« auf der Veddel. Aber gerade die Veddel, ebenso wie Rothenburgsort und Kleiner Grasbrook, hätten eine deutliche Verbesserung der Lebensverhältnisse verdient.

	Migranten	Arbeitslose	Hartz IV
Rothenburgsort	26,4%	9,8%	22,5%
Veddel	52,2%	11,9%	31,0%
Kleiner Grasbrook Steinwerder	59,0%	14,0%	31,5%

Die Hamburger CDU schert sich nicht um die sozialen Belange. Sie ignoriert die politische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen uns ein für mehr Öffentlichkeit in der Politik, für mehr Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft, für direkte Demokratie in Verwaltung und Gesellschaft.

Brennpunkt Wilhelmsburg

Wenn wir am 24. Februar an die Wahlurnen gehen und eine neue Bezirksversammlung wählen, wird dieser Stadtteil nicht mehr zum Bezirk Harburg, sondern zu Mitte gehören. Mit unserem Sonderteil begrüßen wir alle Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger in unserem Bezirk und wollen ihn den »alten« Mitte-Stadtteilen näher bringen.

Der Senat verkauft das Milliardenprojekt Wilhelmsburg als das neue »Tor zur Welt« Hamburgs. Wir fordern alle Betroffenen auf, sich aktiv einzumischen. Wir meinen, dass der Mensch und nicht der Profit an erster Stelle bei der Stadtteilentwicklung stehen muss! Deshalb sagen wir:

Nicht ohne uns!

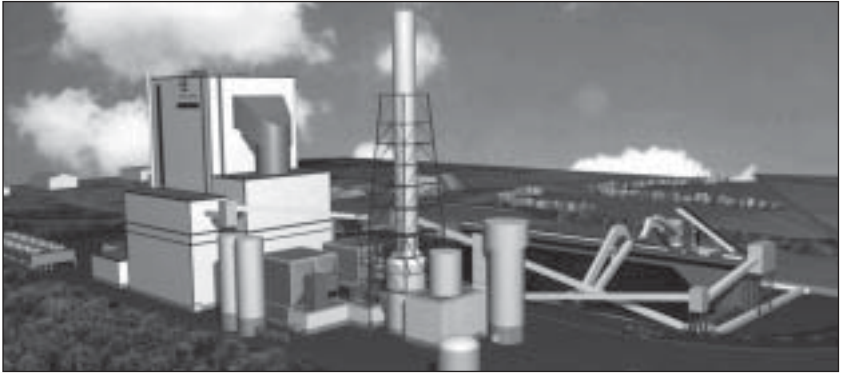
Wilhelmsburg ist ein armer Stadtteil. Nur 13.400 Wilhelmsburger gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Gleichzeitig gibt es 12.000 Menschen, die entweder erwerbslos oder Empfänger von Hartz IV bzw. anderen staatlichen Transferleistungen sind.

Das hat vor allem mit dem Wegfall von Industriearbeitsplätzen sowie dem Sozialabbau auf allen Ebenen zu tun. Es hat auch seine Ursache in einer seit Jahrzehnten kurzsichtigen Senatspolitik.

Diese setzt sich mit der neuen Industriepolitik im Hafen und im Energiesektor fort. Die Bevölkerung wird außer Dreck und Lärm kaum etwas davon abbekommen. Deshalb versüßt der CDU-Senat seine Politik mit mehr oder weniger sinnvollen Einrichtungen im Kultursektor wie der Internationalen Bauausstellung (IBA) und der Internationalen Gartenschau (IGS). Diese haben wenig mit den Interessen der Wilhelmsburger zu tun, die an der Stadtteilplanung nicht wirklich beteiligt sind.



Wird Wilhelmsburg zur Dreckschleuder?



Bestandteil der Planungen ist der inzwischen vom CDU-Senat genehmigte Bau des Steinkohlekraftwerks in Moorburg, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen sollen. Das geplante Kraftwerk entspricht nicht dem Stand der Technik und den Anforderungen des Klimaschutzes. Bisher hat Hamburg einen CO₂-Ausstoß von 19 Mio. Tonnen. Durch das Kohlekraftwerk in Moorburg wird sich der CO₂-Ausstoß um 8 Mio. Tonnen erhöhen.

Jede Zusatzbelastung der Luft durch Schwermetalle wie Arsen und Cadmium sollte vermieden werden. In der direkten Windfahne des neuen Kraftwerks liegen Wohngebiete, die durch Industrie- und Hafennutzung ohnehin schon stark belastet sind.

Die Bemühungen um eine Verminderung der Elb-Aufheizung sind eigentlich selbstverständlich und wären bei sinnvollen Alternativen weitgehend unnötig. Eine Aufheizung des Elbwassers in den Sommermonaten hätte ein Fischsterben zur Folge und wäre eine ökologische Katastrophe.

Die LINKE. fordert die Dezentralisierung der Energiepolitik auf umweltfreundlicher Basis. Für Vattenfall steht nur die Gewinnmaximierung im Vordergrund und die CDU bedient das Kapital mit günstigen Konditionen!

Der Klimaschutz ist für die Hamburger CDU nur ein Lippenbekenntnis. Die Fakten gegen ein Kohlekraftwerk in Moorburg sind so erdrückend, dass auch GAL und SPD sich dagegen aussprechen. Die Skepsis geht inzwischen so weit, dass sie den von ihnen verantworteten Verkauf der HEW heute nicht mehr betreiben würden. Wie glaubwürdig das mit Blick auf ihre Privatisierungspolitik im Bund und in anderen Bundesländern ist, lassen wir dahingestellt.

Privatisierung bedeutet nicht mehr Wettbewerb, sondern Überführung von sinnvollem öffentlichem Eigentum in Profitinteressen, und damit höhere Preise für die Verbraucher. DIE LINKE. fordert auch die Rückführung von Vattenfall in öffentliches Eigentum.

Hafenquerspange – Ohne uns!

Der CDU-Senat plant eine Container-Autobahn, parallel zur Köhlbrandbrücke, eine Stadtautobahn auf Stelzen. Diese kurzfristige Industriepolitik zur Erhöhung der Wettbewerbseffizienz wird auf dem Rücken der Anwohner geplant. 500 Mio. Euro soll die 8 km lange Strecke kosten.

Noch kommen Sie auf unsere Elbinsel, ohne eine Mautgebühr zu bezahlen. Der CDU-geführte Senat will dies ändern. DIE LINKE. sagt nein zu einem Eintrittsgeld, um in unseren Stadtteil zu kommen. Dafür werden wir uns in der Bürgerschaft einsetzen und mit den Wilhelmsburgern auf die Straße gehen, um Mautgebühren und Hafenquerspange zu verhindern.

Die Köhlbrandbrücke, die 56.000 Fahrzeuge täglich verkraften kann, aber nur von 36.000 Fahrzeugen an den Werktagen benutzt wird, könnte also 20.000 Fahrzeuge mehr aufnehmen. Die Zollkontrollen sind die Ursache dafür, dass die Brücke nicht voll genutzt wird. Sollte der Freihafen etwa im Jahr 2009 mit seinen Zollhäusern auf Grund der Aufhebung von Zollkontrollen (EU) überflüssig sein, wird der Verkehr fließen. Zusätzlich könnte die Köhlbrandbrücke ohne eine Kreuzung auskommen.

Der Verein »Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.« hat ein hervorragendes Alternativkonzept ausgearbeitet, das jederzeit umgesetzt werden kann.

Der Bau der Hafenquerspange ist zudem eine stadtentwicklungspolitische Katastrophe. Die Flächen am Spreehafen würden unwiderruflich für Mensch und Natur verschwinden.



Gartenschau und Bauausstellung



»Hamburg ist reif für die Insel« – das war die Botschaft einer 2002 durch zahlreiche Bürger unseres Stadtteils organisierten »Zukunftskonferenz«. Nicht zuletzt durch die Internationale Gartenschau (IGS) und die Internationale Bauausstellung (IBA) werden negative Entwicklungen für die Sozialstruktur unseres Stadtteils nicht vollends zu verhindern sein.

IGS und IBA, die jeweils eine Anschubfinanzierung von 100 Millionen Euro vom Hamburger Senat erhalten, sind bei den Wilhelmsburger Bürgerinnen und Bürgern nicht unumstritten.

Bleiben Reiherstieg-Viertel und die »Wilhelmsburger Mitte« Wohn- und Arbeitsort, oder werden sie ein Ort für besser verdienende Schichten? Wohin mit den jetzt noch dort wohnenden Menschen, die die Mieten nicht mehr bezahlen können? Feuchtwiesen sollen bebaut werden und ca. 300 Kleingärten für diese Prestigeprojekte verschwinden. Alles für die »wachsende Stadt«, so der Hamburger Senat. Sollte man die 200 Millionen Euro nicht besser für die Arbeits-, Sozial- und Bildungspolitik ausgeben?

IBA und IGS könnten einen Verdrängungsprozess einleiten, der die Wilhelmsburger aus ihrem Stadtteil vertreiben würde. Die Aufhebung der Mietpreisbindung sowie damit verbundene Erhöhung der Mieten zum 1.1.2008 in Teilen von Wilhelmsburg nähren den Verdacht, dass der »gewollte« Verdrängungsprozess schon begonnen hat.

Schlickpyramide in Kirchsteinbek

Für die Hafenerweiterung in Wilhelmsburg und die Elbvertiefung sollen in Billstedt die Menschen mit der Verschlechterung ihrer Lebensqualität zahlen. In Kirchsteinbek soll in beängstigender Nähe zu bestehenden Wohnsiedlungen eine 35 Meter hohe Schlickpyramide aus Baggergut der Elbe aufgeschüttet werden. Das Gelände ist seit 25 Jahren gesperrt, weil das bereits verseuchte Altspülfeld gesundheitsgefährdend ist.

Das Oberflächenwasser ist jetzt schon in Mitleidenschaft gezogen. Durch weitere Gifteinlagerungen, die unweigerlich dazukommen würden, könnte natürlich auch das Grundwasser verseucht werden.

Auf diesen bestehenden Giftcocktail will man verseuchten Hafenschlick schaufeln und unter dem Namen »Aktive Stadtteilentwicklung« ein Naherholungsgebiet daraus machen.

Hinzu kommt die Verkehrsbelastung, die Kirchsteinbek durch die Industriegebiete Moorfleet und Billbrook jetzt schon ertragen muss. Der Verkehr belastet mit seinem Lärm und Feinstaub bereits heute die Bürger und grenzt an Gesundheitsgefährdung. Sollte diese Deponie geschaffen werden, rollen pro Tag zusätzlich weitere 150 LKW's über die Anschlussstellen der A1 und über die B5.

Die Ängste der Menschen werden mit fadenscheinigen Argumenten klein geredet und es wird trotzdem alles getan, um den Profit voranzutreiben.



Die KandidatInnen für den Wahlkreis II: Marcus Donath, Olaf Harms, Christine Wolfram, Ronald Wilken, Elisabeth Baum, Andreas Baum (nicht auf dem Foto: Renate Hercher-Reis, Bodo Kriehn)

Ein wildes und solidarisches St. Pauli für alle



Die starke Identifizierung der Menschen auf St. Pauli mit »ihrem« Viertel und der Zusammenhalt der St. PaulianerInnen über so viele Unterschiedlichkeiten hinweg wird durch einen gewaltigen Umbruch bedroht, der von den politisch Verantwortlichen in Stadt und Bezirk gewollt ist und massiv unterstützt wird. Die neu gegründete Stadtteilgruppe St. Pauli der LINKEn will und wird die Widerstandsbewegung gegen die immensen Fehlentwicklungen parlamentarisch und initiativ auf der Straße unterstützen. Wir wenden uns GEGEN

- Zwangsumzüge von Hartz IV-BezieherInnen und die fortschreitende Vertreibung von Erwerbslosen und Menschen mit Migrationshintergrund durch die Aufhebung des Mietspiegels und Mietwucher;
- Luxussanierungen und Umwandlungen in Eigentumswohnungen;
- die fortschreitende Kommerzialisierung und Yuppisierung des Viertels;
- Polizeiwillkür und Repression gegenüber Demonstrierenden, Fußballfans, Punks, alkohol- und drogenabhängigen sowie wohnungslosen Menschen, die der Vorstellung eines kommerzialisierten, überwachten, bürgerlichen Vergnügungsviertels im Wege stehen;
- jegliche Ansätze zur Verbreitung faschistischen Gedankenguts.

Wir machen uns stark FÜR

- ein tolerantes Miteinander und eine Vielfalt von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Einkommenslagen und sexueller Orientierung;
- die Beibehaltung bezahlbaren Wohnraums auf St. Pauli sowie den Erhalt und notwendige Sanierungen des Altbaubestandes;
- die kommunale Förderung von Sozial- und Kulturprojekten;
- die Renovierung und den Ausbau von Kinder- und Jugendzentren mit Wochenend- und Abendöffnungszeiten;
- räumlich und personell bedarfsgerecht ausgestattete Schutzräume für Frauen und Kinder vor Gewalt und Verfolgung durch Ehemänner, Familienangehörige oder Zuhälter.

Ein solidarisches und buntes St. Georg für alle

Wir wollen ein St. Georg/Klostertor für die hier Wohnenden, nicht nur für die selbsternannte und vom CDU-Senat hofierte Leistungselite! Stadtteilentwicklung für die und mit den hier lebenden BewohnerInnen heißt für uns:

- Ausbau und langfristiger Erhalt des Stadtteilbeirats als Beteiligungsforum der BewohnerInnen mit Zuständigkeit für ganz St. Georg/Münzviertel;
- Erhalt des Bevölkerungsmix durch eine soziale Erhaltungssatzung für den ganzen Stadtteil;
- Verhinderung von Wohnraumzerstörung durch Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten der Stadt bei Fehlnutzungen/Leerständen...;
- Läden zur Nahversorgung der Anwohner statt noch mehr teurer Cafés;
- keine weiteren Hotelneubauten im Stadtteil;
- Vorrang für sozialen Mietwohnungsbau, vorzugsweise genossenschaftlich, Unterstützung von Wohnprojekten;
- keine Kameraüberwachung am Hansaplatz;
- weitere Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten,
- den Hansaplatz so auszugestalten, dass die AnwohnerInnen ihn nutzen können/wollen;
- Förderung der Stadtteilkultur (z.B. Geschichtswerkstatt, Einwohnerverein, Kulturladen, Künstler- und Galerieszene im Münzviertel, Wiederbelebung der Kinos, des Hansatheaters ...)
- Einbindung statt Ausgrenzung der demokratischen ausländischen Einrichtungen und Vereine.



Die KandidatInnen für den Wahlkreis I: Bernhard Stietz-Leipnitz, Christine Detamble-Voss, Markus Schneider-Johnen, Steffen Leipnitz, Renate Twardzik, Sandra Clemens, Volker Honold, Joachim Bischoff (nicht auf dem Foto: Tony Schinkowsky, Holger Knorr, Gerlif Gleis)

DIE LINKE

Landesverband Hamburg

Kreuzweg 7

20099 Hamburg

Tel.: 040-389 21 64

Fax: 040-43 09 70 28

Bürozeiten:

Mo. und Do. 14.00 bis 18.00 Uhr

Fr. 11.00 bis 16.00 Uhr

geschaeftsstelle@die-linke-hh.de

Kontaktadresse Hamburg-Mitte:

Tilman Rosenau, Tel. 040 / 713 49 21

bv-mitte@die-linke-hh.de